

Dieselskompromiss hilft nicht weiter!

Städte- und Gemeindebund drängt auf Lösungen auch außerhalb von Großstädten

"Die Kommunen sind schwer enttäuscht! Der Diesel-Kompromiss ist ein Schritt in die falsche Richtung. Er ist weder gerecht, noch nachhaltig und auch nicht zukunftsweisend. Die Einigung geht zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger, die außerhalb von Großstädten wohnen und weiterhin unter den Schadstoffbelastungen zu leiden haben (vor allem an Durchgangsstraßen und Kreuzungen). Die Autofahrer, die nicht in einer Großstadt wohnen, werden nicht entschädigt und Kommunen erhalten keine Unterstützung", erklärte der Sprecher des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes, Thorsten Bullerdiek.

„Wir hoffen, dass die Debatte weitergeht und die Bundesregierung endlich flächendeckend die Fahrzeuge, die die Umwelt besonders belasten, von der Straße nimmt. Aber allein das wird nicht reichen. In den Kommunen brauchen wir dringend einen gut getakteten öffentlichen Personennahverkehr, intelligente Mobilitätskonzepte, Carsharing-Systeme und Gelder für den Bau von Radwegen - insbesondere auf dem Land. Nur dann haben wir Alternativen dort, wo viel gefahren wird, können dadurch die Schadstoffbelastungen überall nachhaltig senken und Fahrverbote vermeiden. Das können die Kommunen nicht allein anstoßen und finanzieren, daher erwarten wir, dass der Bund endlich in die nachhaltige Verbesserung der Mobilität auf dem Land investiert. Darauf hoffen Bürger und Kommunen“, so Bullerdiek.